

32. Abgeordneter  
**Stephan Thomae**  
(FDP)
- Welchen Stand haben die Bestrebungen, und bis wann spätestens ist mit einer Umsetzung zu rechnen?

**Antwort des Staatssekretärs Hans-Georg Engelke  
vom 21. Januar 2019**

Konkretisierende Überlegungen wurden bereits im Gremienstrang der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder (IMK) im Nachgang zum Anschlag am Breitscheidplatz in Berlin am 19. Dezember 2016 erörtert. Es erfolgten in Folge zahlreiche Anpassungen in den Konzepten des Polizeilichen Staatsschutzes mit Verbindlichkeit für die Polizeien des Bundes und der Länder. Bereits seit dem 1. Juli 2017 existiert im GTAZ die neu konzipierte Arbeitsgruppe Risikomanagement (AG RIMA) unter Geschäftsführung durch das Bundeskriminalamt (BKA).

Die AG RIMA sichert unter Nutzung des ebenfalls bundesweit etablierten Instruments RADAR-iTE (regelbasierte Analyse potentiell destruktiver Täter zur Einschätzung des akuten Risikos – Islamistischer Terrorismus) in Fallkonferenzen eine länderübergreifend möglichst einheitliche Umsetzung der erforderlichen Maßnahmen in der Gefährdersachbearbeitung. Das BKA hat nach einer ersten Evaluierung der AG RIMA und den daraus resultierenden Schlussfolgerungen den Auftrag, für die AG RIMA sowie die weiteren Arbeitsgruppen Tägliche Lagebesprechung und Operativer Informationsaustausch, entsprechende geschäftsordnende Vereinbarungen mit den Kooperationspartnern abzustimmen. Die abschließende Umsetzung ist vorrangig von den Beschlussfassungen der zuständigen, auch Ressort übergreifenden Gremien abhängig und daher zeitlich nicht eingrenzbar.

### **Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts**

33. Abgeordneter  
**Andreas Bleck**  
(AfD)
- Welche konkreten Maßnahmen unternimmt die Bundesregierung gegen die Inhaftierung des deutschen Journalisten Billy Six im Gefängnis „El Helicoide“ des venezolanischen Geheimdienstes (SEBIN) in Caracas (Rhön, Tim: Abenteurer hinter Gittern, in: WELT am SONNTAG vom 23. Dezember 2018, S. 16.)?

**Antwort des Staatssekretärs Walter J. Lindner  
vom 22. Januar 2019**

Es wird auf die Antwort der Bundesregierung vom 16. Januar 2019 auf die Schriftliche Frage Nr. 23 auf Bundestagsdrucksache 19/7138 des Abgeordneten Petr Bystron verwiesen.